

Bern, 15. Dezember 2022

per E-Mail:
vernehmlassung@ostermundigen-bern.ch

Vernehmlassung zur Kooperation Ostermundigen – Bern (KoBe)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit heutiger Eingabe ist die Frist vom 16. Dezember 2022 für das Einreichen der Vernehmlassung eingehalten. Die Eingabe erfolgt per E-Mail. Im Folgenden finden Sie die Ausführungen der FDP.Die Liberalen Stadt Bern zu den gestellten Fragen:

1. Sind aus Ihrer Sicht sämtlichen relevanten Aspekte in den Unterlagen abgehandelt oder fehlen wichtige Punkte?

Fusionen sind nur dann sinnvoll, wenn ein Nutzen für beide Parteien daraus resultiert. In den uns vorliegenden Unterlagen ist dieser Nutzen nicht ersichtlich oder falls er existiert, ist er zu wenig gut umschrieben. Wir erachten das als vertane Chance. Die Stimmbürger müssen von einer Fusion überzeugt werden, aber in den Unterlagen wurde der technokratische Ansatz gewählt und damit wird der Stimmbürger nicht überzeugt. In den Unterlagen fehlt das "feu sacré" sowie die Überzeugung es besser machen zu wollen als bisher oder eine Vision zu haben, selbst wenn sich diese erst in 20 Jahren realisiert. Die Fusion Ostermundigen - Bern wird, wie eine "Zweckehe" vermittelt und kommt nach dem Motto: "Gäng wie gäng", aber bitte nach dem Diktat der Stadt, schade. Im Übrigen hatten Zweckehen früher durchaus ihre Vorteile und ihren Sinn, indem beispielsweise Königreiche, Titel oder Vermögen zusammenblieben, aber genau diese Vorteile werden in den Unterlagen zu wenig hervorgehoben. Der Stimmberechtigte wird nach dem Warum der Fusion fragen, aber diese Frage wird nicht beantwortet.

Das einzig "Visionäre" und Konkrete in den Unterlagen ist die Erwähnung einer Planungserklärung, wonach nach der Fusion – im Laufe des Jahres 2025 - zu prüfen ist, ob der Gemeinderat der Stadt Bern von heute fünf auf sieben aufgestockt wird. Weitere Prüfungen, wie bspw. schlankere Aufstellung der Verwaltung, Überdenken des Abfallkonzepts, Hinterfragen von Aufgaben, Erneuerung IT, Digitalisierung und Aufzeigen der Synergien wird auf später verschoben. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass nichts geschieht. Dabei hat Ostermundigen gezeigt, dass auch mit weniger Ressourcen viel erreicht werden kann. Statt die Fusion als

Chance wahrzunehmen, wird lapidar festgehalten, dass ein Fusionsprojekt kein Aufgabenreformprojekt ist (Erläuterungsbericht zu Art. 35, Seite 41).

2. Befürworten Sie zum heutigen Zeitpunkt eine Fusion zwischen der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Ostermundigen? Welches sind die Gründe für Ihre Haltung dazu?

Die FDP befürwortet grundsätzlich Gemeindefusionen, weil die kleinräumige Schweiz aufgrund der diversen und immer komplexeren Aufgaben einer Gemeinde an ihre Grenzen stösst. Weiter bekunden viele kleinere Gemeinden Mühe, ihre Gremien zu besetzen, da sich immer weniger Personen für Ämter zur Verfügung stellen. Selbstverständlich verspricht man sich von Fusionen auch Effizienzsteigerungen. Der Linksunterzeichnende hat im Grossen Rat entsprechende Vorstösse eingereicht und ist bekennender Befürworter von Fusionen, aber so wie die Fusion im vorliegenden Fall präsentiert wird, stellen sich verschiedene Fragen.

Die vorliegenden Unterlagen konnten den Parteimitgliedern noch nicht präsentiert werden. Das ist an der Versammlung im Januar 2023 vorgesehen. Stand heute gehen die Unterzeichnenden davon aus, dass die Unterstützung seitens Partei mehr oder weniger 50% beträgt. Die Skepsis ist gross. Unsere Einschätzung basiert auf folgenden Überlegungen:

Die in Aussicht gestellte Steuerreduktion für Ostermundigen ist eine Farce. Aufgrund der desolaten finanziellen Situation der Stadt Bern, den höheren Zinsen für Kapital (die Fusion sieht eine zusätzliche Verschuldung vor), den mit der Personalüberführung verbundenen Kosten und den Wünschen der Politik wird in naher Zukunft auch in der Stadt Bern eine Steuererhöhung drohen. Der unmittelbare Nutzen für Ostermundigen wird daher von kurzer Dauer sein, abgesehen von den sozialen Leistungen, die die Stadt über das ordentliche Mass erbringt, aber auch diese schlagen finanziell zu Buche. Weiter hat der Finanzdirektor in der Stadt Bern in den Medien verlauten lassen, dass eventuell eine Steuererhöhung droht, weil mehr Kinder in der Stadt leben..... diese Aussage ist falsch, aber es zeigt deutlich, dass der Gemeinderat das Terrain für eine Steuererhöhung vorbereitet.

Ostermundigen hat gewisse rote Linien (O' mundo, Planungen öffentlicher Verkehr etc.) gesetzt, wofür wir aufgrund der rotgrünen Stadtpolitik der letzten Jahre, Verständnis haben. Auch ist es eine Tatsache, dass es Ostermundigen in den letzten Jahren nicht so schlecht gemacht hat. Sie haben viel schneller Überbauungen realisiert und einer Mittelschicht (auch aus der Stadt Bern) ermöglicht, Wohneigentum zu kaufen. Sie haben ein Hochhaus realisiert, wo gewohnt und gearbeitet wird, währenddem Bern sich in der gefühlten fünften Partizipation verliert. Weiter hat Ostermundigen (noch) Gewerbe und trägt zu diesem auch Sorge. Letzterer Punkt wird in der Fusion interessanterweise nicht erwähnt. Auch dies ein Aspekt, der in den Unterlagen vergessen wurde. Wie soll mit dem Gewerbe in Ostermundigen umgegangen werden, was für konkrete Massnahmen sollen ergriffen werden? Was für Vorteile resultieren daraus für die Stadt?

Wie bereits eingangs erwähnt, fehlt die Vision und eine Auflistung der konkreten Vorteile einer Fusion und zwar für die Stadt als auch für Ostermundigen. Beispielsweise könnten Ausführungen zum günstigen Wohnraum gemacht werden. Gemäss Aussagen des jetzigen Gemeindepräsidenten von Ostermundigen hat Ostermundigen ein Überangebot an günstigem

Wohnraum. Wie wirkt sich das auf die städtische Wohnpolitik aus? Kann Ostermundigen weiterwachsen bzw. gibt es Möglichkeiten in naher Zukunft Wohneigentum zu kaufen? All diese Fragen werden auf später verschoben.

Die Bildung einer Stadtteilkommission für eine Übergangsphase erachten wir als sinnvoll. Auch die entsprechenden Mittel finden wir vernünftig eingesetzt. Die Stadtteilkommission müsste jedoch zeitlich begrenzt sein beispielsweise auf zwei Legislaturperioden. Wohlwissend wie die Stadtberner Politik funktioniert, besteht die Gefahr, dass dieses Konstrukt auch auf die Quartierkommissionen angewendet wird, was nicht im Sinne des Erfinders ist. Entsprechende Begehlichkeiten die Quartierkommission mit noch mehr Mitteln auszustatten, sind schon angemeldet worden. Die Stadtteilkommission muss ein Enddatum haben, sonst wird ein Stadtteil bevorzugt behandelt, was nicht sein kann.

3. Haben Sie Bemerkungen oder Fragen zur Fusion resp. zu den vorliegenden Unterlagen?

Siehe Ausführungen zu Fragen 1 und 2.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Stadt Bern



Christoph Zimmerli

Parteipräsident, Grossrat



Dolores Dana

Stadträtin